wir nicht durch Konsumverzicht gelöst, sondern durch einen Preis für Abfall und durch Techniken, Abfälle zu vermeiden oder zu recyceln. Heute konsumieren wir mehr als damals, bei drastisch weniger Abfall. Die Grenzen des Wachstums als politische Botschaft sind weltweit gescheitert.

SPIEGEL: Ein erstaunliches Eingeständnis. Um was geht es denn dann?

Gabriel: Es geht nicht um weniger Wachstum, sondern um das richtige. Entweder unsere Kinder zahlen eine sehr hohe Zeche, weil sie keinen Fisch mehr haben und die Regenwälder weg sind, oder wir sind bereit, heute die Zeche nicht zu prellen und etwas höhere Preise zu akzeptieren. Um diese Frage geht es ja eigentlich auch bei den Klimaschutzverhandlungen. Es steht Klimaschutz drauf, aber es gibt eine inoffizielle Tagesordnung, und das sind die wirtschaftlichen Interessen derjenigen, die heute leben, und die wirtschaftlichen Interessen derer, die morgen besser leben wollen. Darüber müssen wir mal beginnen, ganz offen zu sprechen, statt es zu verschleiern.

SPIEGEL: Wollen Sie auch auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember noch Umweltminister sein?

Gabriel: Wenn es nach mir geht, ja. Man soll den eigenen Einfluss auch nicht überschätzen. Aber wer so ein Land wie Deutschland dort vertritt und in der Innenpolitik in der Lage ist, die eigenen Ziele dann auch durchzusetzen, der hat schon eine Chance, die nicht jeder Minister bekommt.

SPIEGEL: Haben Sie sich schon überlegt, wie ein neuer Ressortzuschnitt aussehen sollte?

Gabriel: Ich hielte ein Ministerium für Klima, Energie, Umwelt für richtig. Energie- und Umweltpolitik gehören zusammen unter ein Dach.

SPIEGEL: Was würden Sie anpacken, wenn Sie das Amt wieder bekommen sollten?

Gabriel: Die Endlagersuche für hochaktiven Atommüll steht ganz oben auf der Liste und eine ökologische Steuerreform. Wir bieten noch zu viele auch steuerliche Anreize, sich umweltschädlich zu verhalten, und belohnen Umweltfreundlichkeit zu wenig. Und natürlich muss es ein echtes Umweltgesetzbuch geben.

SPIEGEL: Wird es Ihnen gelingen, den Atommüll-Sumpf im Bergwerk Asse trockenzulegen, wo jetzt plötzlich auch noch arsenhaltige Pflanzenschutzmittel und Tierkadaver auftauchen?

Gabriel: Es ist schlimm, was da an immer neuen Sachen hochkommt. Diejenigen, die damals Verantwortung trugen – sei es als Betreiber der Asse oder in der Atomindustrie –, haben katastrophale Fehler gemacht. Jetzt wird endlich alles offengelegt, und es werden erstmals unter Beteiligung der Bevölkerung alle Schließungsoptionen geprüft. Wenn es technisch möglich ist und die Sache langfristig sicherer macht, bin ich dafür, allen Müll aus der Asse rauszuholen.

Spiegel: Herr Gabriel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

MICHAEL GOTTSCHALK / DDP

Landwirtschaftsministerin Aigner: *Genmais mit einem Bann belegt*

ERNÄHRUNG

Agent des Bösen

Gentechnisch veränderte Pflanzen bergen Risiken – der Verzicht auf sie ist noch riskanter. Um Großkonzerne wie Monsanto zu bremsen, hilft nur eine Forschungsoffensive des Staats.

Für die Anti-Gentechnik-Partei CSU ist die Welt jetzt wieder in Ordnung. Ihre Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner hat die Maissorte MON 810 des Agrarkonzerns Monsanto mit einem Bann belegt. Die Gegner der Technologie feierten ihren Sieg überschwenglich, und die Regierungspartei hofft, dass die „natursensiblen Bayern“ („FAZ“) sich bei der Europa- und bei der Bundestagswahl erkenntlich zeigen werden.

In Fröhstockheim, Iphofen und anderen Orten, in denen ein Kleinkrieg um Gentechnik auf den Feldern tobte, kann wieder Ruhe einkehren. Die eigentlichen Probleme beginnen aber erst – woanders.

Die Welt außerhalb von Bayern steuert auf ein Szenario zu, wie es der britische Ökonom Thomas Malthus 1798 beschrieben hat: Die Landwirtschaft kann mit der wachsenden Bevölkerung nicht mithalten.

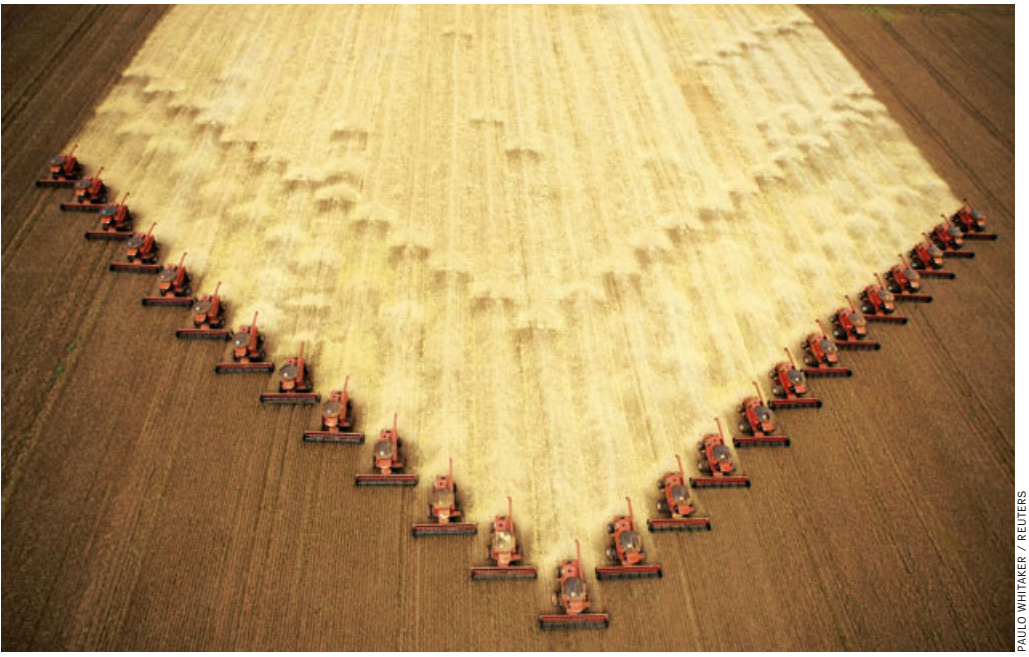
Seit der Jahrtausendwende wächst die Nachfrage nach Nahrungsmitteln schneller als das Angebot. Derzeit gelten knapp eine Milliarde Menschen als mangelernährt. Die Flüchtlinge aus Afrika, die zu Tausenden in Italien und Spanien ankommen, laufen vor leergefischten Meeren und wachsenden Wüsten davon.

Weltweit nimmt die Produktivität von Böden und bäuerlicher Arbeit kaum noch zu. Die Landwirtschaft erschlafft, während die Bevölkerung von 6,8 Milliarden auf voraussichtlich 9 Milliarden Menschen zur Jahrhundertmitte wächst. Agrarland soll Biokraftstoffe liefern. Und der große Rest der Welt will bald so viel Fleisch und Milchprodukte konsumieren wie die Menschen in Europa und Amerika heute. Ein Kilogramm Rindfleisch erfordert aber ein Vielfaches an Futtermittel.

Das alles passiert auf einem Planeten, dessen Atmosphäre deutlich wärmer und von immer mehr Wetterextremen geprägt sein wird – angetrieben auch durch Methanausdünstungen von Rindern und durch Kohlendioxid aus abgebrannten Wäldern. Erosion, Versalzung und Wüstenbildung schmälern die verfügbare Anbaufläche.

Kann Gentechnik helfen, diese Probleme zu lösen? In Deutschland gilt schon als Agent des Bösen, wer so fragt.

Dass Malthus zunächst mit seiner Prognose einer katastrophalen Überbevölkerung nicht recht behielt, war jedenfalls einem wissenschaftlichen Durchbruch zu verdanken. Der deutsche Chemiker Justus von Liebig erkannte Mitte des 19. Jahrhunderts, dass sich die landwirtschaftlichen Erträge massiv steigern lassen, wenn man dem Boden Mineralien zusetzt. Liebig erfand die Mineraldüngung und machte es so erst möglich, immer größere Menschenmassen zu ernähren.



PAULO WHITAKER / REUTERS

Sojaernte in Brasilien: *Die weltweite Nachfrage wächst schneller als das Angebot*

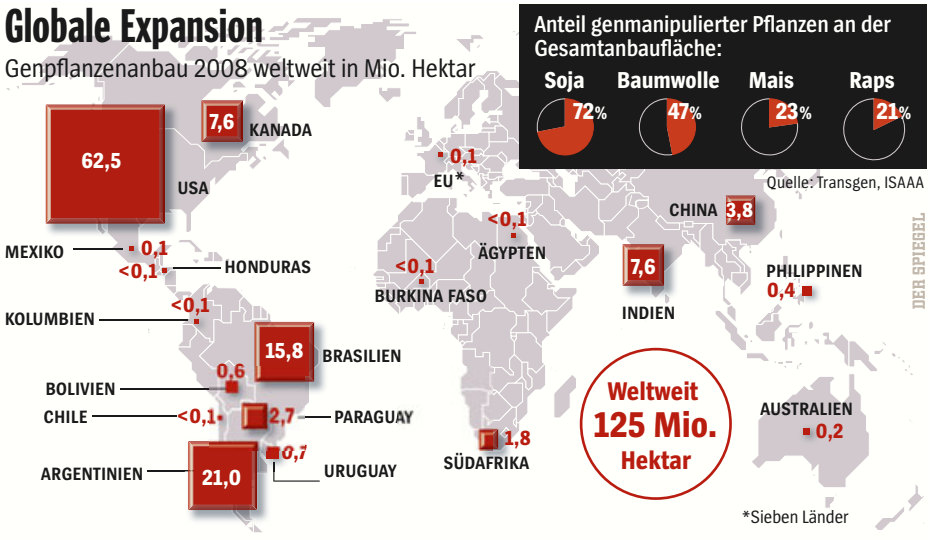
Wer sorgt heute dafür, dass Agrarwissenschaftler vom Format eines Justus von Liebig herangezogen werden? Was trägt das gentechnikfeindliche Deutschland dazu bei, die künftige Welternährung zu sichern? Und was tun die Gegner des Gentechnikkonzerns Monsanto dafür, Gegengewichte zu dem Möchtegernmonopolisten auf dem Saatgutmarkt aufzubauen?

Die Antwort ist ernüchternd: Die staatlich finanzierte Agrarforschung blutet regelrecht aus, besonders dort, wo es darum geht, auch ohne Gentechnik zur Lösung der weltweiten Probleme beizutragen. „Es gibt keinen bundesweiten Masterplan, wie Deutschland seiner globalen Verantwortung gerecht werden könnte“, sagt Thomas Jungbluth, Dekan der Agrarwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Hohenheim, einer der größten Agrarforschungsstätten in Deutschland. In den vergangenen Jahren haben die Bundesländer viele Lehrstühle und Institute eingespart.

„Wir sind dabei, unsere Grundausstattung für diese Aufgaben zu vernichten“, warnt Volker Hoffmann, ebenfalls Lehrstuhlinhaber in Hohenheim. Er spricht von einer „Existenzkrise der Agrarforschung an deutschen Universitäten“. Die Disziplin habe den Politikern in Bund und Ländern zu lange als „unsexy“ und altmodisch gegolten.

Dabei richten sich gerade in jenen Entwicklungsländern, die von Nahrungsmittelengpässen betroffen sind, die Erwartungen an Staaten wie Deutschland, die reich sind, stark in der Wissenschaft und die über eine glorreiche Tradition in der Agrarforschung verfügen.

Nach Hohenheim zieht es Studenten aus aller Welt, doch sie kommen in ein Land, das sich von jedem Gentechnik-Pollen in Panik versetzen lässt, ohne darüber zu debattieren, wie sonst die Agrartechniken entwickelt werden könnten, um neun Milliarden Menschen inmitten des Klimawandels zu ernähren.



Die vier weitverzweigten Institute der staatlichen Ressortforschung, die Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner unterstehen, haben zwar einen Forschungsplan, in dem „sieben Hauptziele und 88 Hauptaufgaben“ für viele hundert Wissenschaftler aufgeführt sind. Eine konzertierte Anstrengung, die besten Konzepte für die Welternährung zu finden, ist nicht darunter.

Als im vergangenen Jahr weltweit Revolten ausbrachen, weil die Lebensmittelpreise explodierten, beschloss das Bundeskabinett, die Agrarforschung zu stärken. Nun werden bis zu 40 Millionen Euro über fünf Jahre ausgezahlt – aber nur einmalig und hauptsächlich für Projekte, die zur Bekämpfung der Krisenursachen gar keinen Bezug haben.

Dabei wäre ein systematischer Aufbruch in der Agrarforschung nötig, wie zuletzt während der grünen Revolution in den sechziger und siebziger Jahren.

Die Landwirtschaft muss so verändert werden, dass sie selbst weniger Treibhausgase freisetzt. Ihr Wasserverbrauch muss sinken, um Trinkwasserreserven zu schützen. Die Expansion in die letzten Naturräume wie den Regenwald oder die Savannen gilt es zu verhindern. Neue Sorten sind nötig, die gegen Dürre, Versalzung und Schädlinge resistent sind. Zugleich müssen Hunderte Millionen Kleinbauern als Rückgrat der Agrarproduktion ein Auskommen finden, statt in die Hände von Konzernen zu geraten.

Die deutsche Posemuckel-Politik führt aber dazu, dass in naher Zukunft nur noch Firmen wie Monsanto Kraft und Know-how haben, die Hochleistungssorten zu entwickeln, die den Anforderungen gewachsen sind.

Wer sonst könnte es tun? In Frage kommen als Gegengewicht zu Monsanto nur Botaniker und Agrarforscher, die an staatlichen Hochschulen und Instituten arbeiten, in Kooperation mit mittelständischen Pflanzenzüchtern. Würden sie die besseren Sorten und Techniken entwickeln als Monsanto, könnten sie die Patente für die Allgemeinheit sichern, das Wissen der ganzen Welt kostenlos anbieten.

Um dabei Erfolgschancen zu haben, müssten sie aber gesellschaftlichen Rückenwind haben und frei entscheiden können, ob Gentechnik die beste Lösung für ein bestimmtes Problem bietet oder eben andere Züchtungsmethoden.

Ein moderner Liebig würde heute nicht auf ein Allheilmittel setzen, sondern auf komplexere Lösungen. Er würde vielleicht versuchen, die schonenden Prinzipien des Ökolandbaus mit dem Wissen der Gentechniker zu paaren. Die Kontrolle von Monsanto über patentiertes Erbgut und Märkte steht einem solchen neuen Weg derzeit ebenso entgegen wie die so beliebte Pauschalverteufelung der Gentechnik.

CHRISTIAN SCHWÄGERL